

## **+++ Eine Missachtung auf allen Ebenen - Pankow gegen Verdrängung kritisiert Blockade-Politik der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung +++**

Die Initiative Pankow gegen Verdrängung kritisiert den Umgang der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit den Ergebnissen des Krisengipfels gegen auslaufende Sozialbindungen vom 15.03.2024. Bis heute hat die Senatsverwaltung die Protokolle der Arbeitsgruppen, die im Rahmen des Gipfels gearbeitet haben, der Initiative nicht zur Verfügung gestellt. Auch verweigert sie sich Treffen mit Pankow gegen Verdrängung, um weitere Schritte nach dem Krisengipfel zu besprechen. Der Krisengipfel zu den auslaufenden Sozialbindungen in Pankow war von ehrenamtlichen Aktivist:innen in ihrer Freizeit und in zahlreichen Nachtstunden vorbereitet worden. Es nahmen Vertreter:innen des Berliner Mietervereins und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Jurist:innen sowie Expert:innen aus Wissenschaft und Bewegung teil.

Auf dem Gipfel wurden die drastischen Konsequenzen der auslaufenden Sozialbindungen für die Mieter:innen und den Bezirk herausgearbeitet:

- erheblich steigende Mieten
- der Weiterverkauf der Wohnungen
- die zahlreich damit einhergehenden Eigenbedarfskündigungen und damit verbundenen Belastungen
- zweckentfremdete Weitervermietung, Ferienwohnungen, AirBNB, möblierte Wohnungen
- spekulativer Wohnungsleerstand

Die Initiative ist seit über einem Jahr aktiv, um diese Entwicklungen abzuwenden. Den Umgang des Senats bewertet sie als eine Missachtung der dramatischen Situation der Mieter:innen und des ehrenamtlichen Engagements von hunderten Aktiven. Bereits im Vorfeld des Gipfels hatte das Verhalten des Senators für Stadtentwicklung Christian Gaebler Zweifel aufkommen lassen, wie ernst die Probleme in Pankow genommen werden. So war die Teilnahme des Senators an dem Gipfel und die Unterstützung der Verwaltung bei dessen Vorbereitung zunächst zugesagt worden. Trotz der Zusage kümmerte sich die Verwaltung aber nicht um die Organisation von Räumlichkeiten und Senator Gaebler sagte seine Teilnahme kurzfristig ab.

*„Das Verhalten von Senator Gaebler ist respektlos. Das Problem der auslaufenden Sozialbindungen ist seit 20 Jahren bekannt. Seit 1,5 Jahren fordert Pankow gegen Verdrängung Lösungen dafür ein. Es gibt praktikable, nach Meinung von Expert:innen umsetzbare Lösungen. Wir fordern von Senator Gaebler, jetzt endlich zu handeln und konstruktiv mit uns an diesen Lösungen zu arbeiten“,* erklärt Anna Wenzel von der Initiative.

Die Initiative erwartet bis zum 30.09. Ergebnisse des Senats, schließlich habe man ja hinreichend Vorarbeit geleistet, wie seitens des Senats in einem Schreiben dankend erwähnt wird. Ende September hole man sich die Ergebnisse auch gerne im Büro von Herrn Gaebler persönlich ab.

### **Die Forderungen der Initiative Pankow gegen Verdrängung lauten:**

- einen Härtefallfonds für Mieter:innen, die sich die steigende Miete nicht mehr leisten können
- ein Verbot von Eigenbedarfskündigungen aufgrund der angespannten Wohnungslage
- ein Pilotprojekt für die Kommunalisierung der betroffenen Wohnungen
- die Erarbeitung gemeinsamer, verbindlicher Lösungen mit den Vermieter:innen, damit Mieter:innen in den Wohnungen bleiben können
- die Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden gesetzlichen Pflichten der Vermieter:innen
- die Schaffung neuer Sozialbindungen und der Schutz bestehender Mietverhältnisse auf der Grundlage eines Berliner Wohnraumsicherungsgesetzes

### **Eine detaillierte Darstellung der Forderungen finden Sie unter:**

<https://pankow-gegen-verdraengung.wirbleibenalle.org/>

genauso wie ein Bericht

[Krisengipfel auslaufende Sozialbindungen in der BVV Pankow am 15.3.2024](#)

### **Kontakt :**

Mail: [sozialbindung-pankow@kiez-projekt.de](mailto:sozialbindung-pankow@kiez-projekt.de)

Weitere Informationen unter: <https://pankow-gegen-verdraengung.wirbleibenalle.org/ueber-uns/>